Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1986)

Heft: 3: Lichtblick in der Energiepolitik?

Artikel: Wo zum Strom bleibt die Schweizer Energiepolitik?

Autor: Flüeler, Thomas

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-586590

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

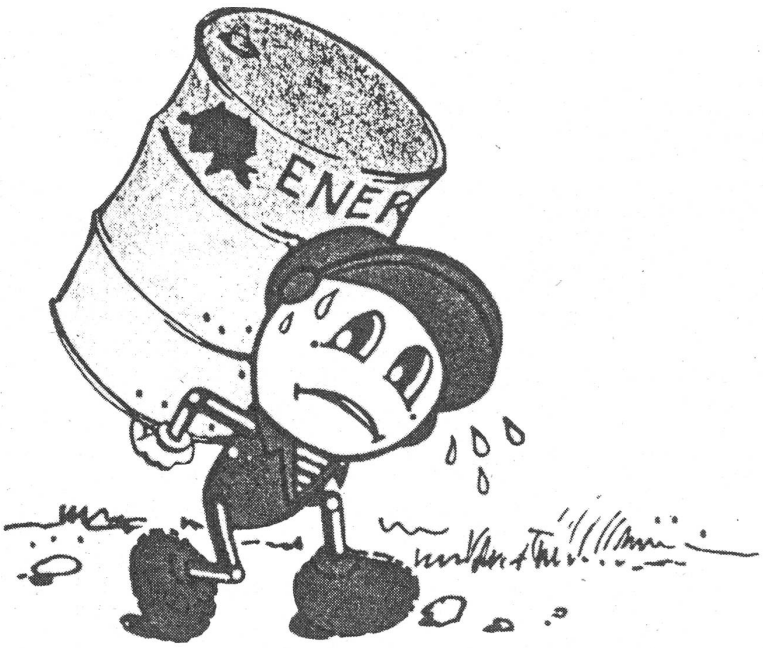
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Wo zum Strom bleibt die Schweizer Energiepolitik?

«Wir vertrauen auf die helvetische Disziplin», sagte schon 1979 Vizedirektor Christian Favre vom Bundesamt für Energiewirtschaft und meinte damit die Disziplin der Schweizer, Energie zu sparen. Damit ist's aber nicht weit her – weder beim einzelnen noch bei den Kantonen, weder 1979 noch 1986. Der (entscheidende) Stromverbrauch hat letztes Jahr um 4,2 Prozent zugenommen. Auch der neueste Vorstoss des Bundesrates vom August 1986, endlich doch noch eine Energiepolitik zu betreiben, scheint – trotz Lippenbekenntnissen – am stromharten Widerstand der Kantone zu scheitern. Thomas Flüeler wirft einige Schlaglichter auf die düstere schweizerische Energiepolitik.

Das Motto «Sparen, Substituieren, Forschen, Vorsorgen» gehört zur Energiediskussion in unserem Land wie das Amen in die Kirche. Die Postulate stammen von der legendären Gesamtenergie-Kommission (GEK) unter dem Vorsitz von Energiepapst Michael Kohn. Diese tagte von 1974 vier Jahre lang in mehr als 110 ganztägigen Sitzungen. Sie produzierte zwei Hauptberichte mit zwei Beilagen, einer Zusammenfassung und einer Schriftenreihe von 24 Bänden.

Auf die GEK folgte die EEK, die Eidgenössische Energiekommission, die statt 14 ganze 21 Mitglieder hatte, dafür aber nur zwei Berichte und sechs Studien hervorbrachte. Allerdings wagte sie sich an das (Un-)Thema der hiesigen Energiepolitik: die Elektrizität.

Es bekam ihr jedoch nicht gut: Hatte die GEK bei allem Wachstumsglauben (siehe Prognosen in dieser Nummer, S. 16/17) frech noch eine zweckgebundene Energiesteuer gefordert, begnügte sich die EEK mit einer Energie-Warenumsatzsteuer. Allerdings prallten in dieser Gruppe die Gegensätze scharf aufeinander: Mit einem Stimmenverhältnis von 12 zu 9 sprach sie sich im Juli 1985 gegen ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz aus, wozu sie im November zuvor bundesrätlich beauftragt worden war (siehe E+U 4/85).

Wo bleibt der Wille?

Aber auch der Bundesrat hatte sich nicht freiwillig an ein Stromspargesetz herangewagt. Erst unter dem Druck der Energieinitiative – die im September 1984 ja knapp verworfen wurde wie auch 1983 der Vorschlag des Bundesrats zu einem neuen Energieartikel – beteuerte er mehrmals, die «bestehenden Rechtsgrundlagen» reichten aus, eine aktive Energiepolitik zu betreiben.

Die Rechtsgrundlagen reichten wohl – nicht aber der politische Wille. Er scheint auch heute vielerorts nur an einem kleinen Platz zu sein. So hat das im Frühjahr 1985 zusammengeschusterte «Energiepolitische (Minimal-)Programm» von Bund und Kantonen nur wenig gefruchtet. Die Zwischenbilanz im August 1986 stellt ernüchtert fest: «Der politische Wille zur Verwirklichung der im Programm enthaltenen Massnahmen ist grundsätzlich zumindest auf Ebene der *Energiedirektoren* in allen Kantonen vorhanden.»

Wenn aber zur Tat geschritten werden sollte, sind «Massnahmen für eine rationelle Elektrizitätsverwendung» bei den Kantonen nicht gefragt. Klipp und klar hält diese «Absichtserklärung» der Kantone fest: «Im Bereich der Elektrizität nehmen die Kantone ihre Kompeten-

zen wahr.» Daran ändert sich – «Tschernobyl» hin, «Kaiseraugst» her – aller Voraussicht nach nichts. Weder der Gedanke an ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz im allgemeinen noch an die verbrauchsabhängige Heizkostenabrechnung im besonderen interessieren. Weder Tarifmassnahmen, mit denen sich die Stromnachfrage bremsen liesse, noch die Übernahme von Strom privater Erzeuger ins öffentliche Netz können die Mehrheit der Stände hinter ihrem (Elektro-)Ofen hervorlocken.

Wenn überhaupt irgendwelche Massnahmen ergriffen werden sollen, dann ziehen 16 von 26 Kantonen «Vereinbarungen mit der Elektrizitätswirtschaft» einer eidgenössischen Regelung vor. Nur gerade Baselland, Tessin und Bern würden sich einem Stromspargesetz unterziehen. Sie haben übrigens zusammen mit Basel-Stadt, Zürich und Neuenburg als einzige griffige kantonale Energiegesetze erlassen, die fast alle Massnahmen für eine haushälterische Nutzung des hochwertigen Energieträgers Strom aufweisen.

Wer hat die Nase?

Weshalb auch sollen die Kantone haushälterisch umgehen mit dem Strom – wenn sie sich doch «eine goldene Nase daran verdienen», wie der Pressesprecher des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE), Martin Zeller, meint. Kantone und Gemeinden verdienen 200 bis 300 Millionen Franken jährlich.

Jeder kann sich hinter jedem verschanzen: Die Elektrizitätswerke hinter der «öffentlichen Hand», in deren Besitz sie zu 80 Prozent sind, die Politiker hinter den Werken, da sie als Regierungsmitglieder «von Amtes wegen» in den Verwaltungsräten sitzen. Die 168 Mitglieder kantonaler Regierungen verfügen zusammen über 149 Verwaltungsratsmandate in den 48 grössten Stromgesellschaften.

Deutsch und deutlich hat der Solothurner Finanzdirektor Alfred Röteli diesen Elektrofilz zugegeben, als er das Postulat des Grünen Stefan Frey zur «Reprivatisierung der Atel» am 27. Mai dieses Jahres mündlich ablehnte: «Die mit der Beteiligung (des Kantons Solothurn) an der Atel verbundenen Zielvorstellungen, nämlich die Einflussnahme auf die Energiepolitik und Sicherung der Elektrizitätsversorgung unseres Kantons, haben sich vollumfänglich bewährt und erfüllt.» Direkt angesprochen war die Partei für weniger Staat: Nach Kantonsrat Hanspeter Stöckli sei «die FdP natürlich für Reprivatisierungen», aber diese müssten «nach allen Ebenen vorwärtsgetrieben werden und nicht nur bei der Atel».

Was die «Einflussnahme des Staates» betrifft, ist auch die Aare-Tessin AG für Elektrizität, eben die Atel, ein Unternehmen privaten Rechts. Vertreter der Öffentlichkeit im Verwaltungsrat können somit nicht an Weisungen gebunden oder zur Informationsweitergabe verpflichtet werden.

Wer ist wem nützlich?

«Tant de bruit pour une omelette?», hat doch Solothurn nur neun Prozent der Atel-Aktien inne. Der private Badener Konzern Motor Columbus dagegen nennt ganze 45 Prozent sein eigen und kontrolliert somit bei gegebener Aktienstreuung die Gesellschaft. Mitunterzeichner und SP-Vertreter Hanspeter Mathys dazu: «Für die Atel sind diese (Regierungs-)Leute politisch nützlich. Denn so wird eine Legitimation für den harten Pro-AKW-Kurs geschaffen und erhalten.»

Mehr Absatz, mehr Gewinn. Ganz einfach. So klopfte sich und seinen Strommännern der damalige Präsident und heutige Noch-Verwaltungsrat der Atel, Michael Kohn, in seinen «Bemerkungen zum Jahresabschluss: Kräftiges Mengenwachstum, gedrückte Margen, befriedigendes Ergebnis» kräftig auf die Schultern: «Ich nehme an, dass das zufriedenstellende Jahresergebnis – wie es im Geschäftsbericht in verhaltenem Understatement genannt wird – allen Anwesenden gefällt.»

Sparen *kann* nicht im Interesse der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft liegen (dass es auch anders geht, führen rein private amerikanische Stromerzeuger seit Jahren vor, siehe E+U 1/84). Von offizieller Seite wird dies zugegeben. Dazu die ausweichende Reaktion von Hans-Luzius Schmid, dem Vizedirektor des Bundesamtes für Energiewirtschaft: «Wie jede andere Firma sind die Elektrizitätswerke interessiert am Wachstum. Andererseits geben sie Broschüren heraus, in denen übers Sparen informiert wird.»

Wo wird auch nicht gespart?

Tatsächlich – und nicht zu knapp. Die Centralschweizerischen Kraftwerke (CKW) beispielsweise überfluten dreimal jährlich 900000 Haushalte mit «Die Elektrizität», wobei 1,4 Millionen Leser und Leserinnen laut Analyse hauptsächlich die «schmackhaften Rezepte» beachten – Rezepte zum Kochen, nicht zum Energiesparen. «Strominformationen aus erster Hand» bietet das «interessante Strom-Magazin überreicht von Ihrem Elektrizitätswerk» mit dem atemberaubenden Titel «Hochspannung». Da heisst es mal in grossen Lettern pfarrerhaft «Strom ist kostbar, tragen wir Sorge!», dann aber wird auch «Beim Strom befiehlt der Verbraucher!» demselben eingehämmert.

Schon anno 1977 hat Willy Ritschard als Energieminister in einer grossangelegten, landesweiten Kampagne das Energiesparen zur nationalen Pflicht erhoben. Seither hat der Stromverbrauch um einen Drittel zugenommen, trotz Energiefachstellen in allen Kantonen (noch letztes Jahr hatten neun Stände keine Energieberatung), trotz über 40 regionalen Stellen und mindestens drei Dutzend Energiespar-Stiftungen, Vereinen, Interessengemeinschaften und Dachverbänden.

Allen voran setzt sich – finanziell – das «Energieforum» ein: Drei Wochen vor der Katastrophe von Tschernobyl tat es einen 700000fränkigen «energiepolitischen Werkzeugkasten» auf, mit dem Gemeinden für 240 Franken am Energiesparen bei sich zuhause herumbasteln können. Falls sie ins erlauchte Forum von «führenden Persönlichkeiten aller grossen Parteien, der Wissenschaft und der Wirtschaft» kommen wollen, sparen sie jedenfalls beim «Werkzeugkasten» Fr. 50.–. Über hundert «Kollegen», 20 Kantone (ohne BL, BS, OW, SH, TI und UR) und 140 eidgenössische Parlamentarier sind schon mit dabei im Ende 1977 gegründeten «politisch und konfessionell unabhängigen» Verein.

Neben Sparappellen kriegen sie auch «Dokumentationen» wie «Der Kampf der Wissenschaft gegen den Aberglauben. Ein Plädoyer für die Kernenergie und die freie Marktwirtschaft». Nein, nicht mehr: der 1981 veröffentlichte Band 11 ist heute vergriffen.

Im Gegensatz zur «Informationsstelle für Elektrizitätsanwendung» (INFEL) des VSE ruft die SAGES, «Schweizerische Aktion Gemeinsinn für Energiesparen», periodisch zum Sparen in allen Bereichen auf – ausser im Verkehr. «Da ist überhaupt nichts zu machen», seufzte der damalige Geschäftsführer Karl-Heinz Troxler. «Das Auto ist eine heilige Kuh: Solange es eine so grosse gesellschaftliche Bedeutung hat, liegt da gar nichts drin.»

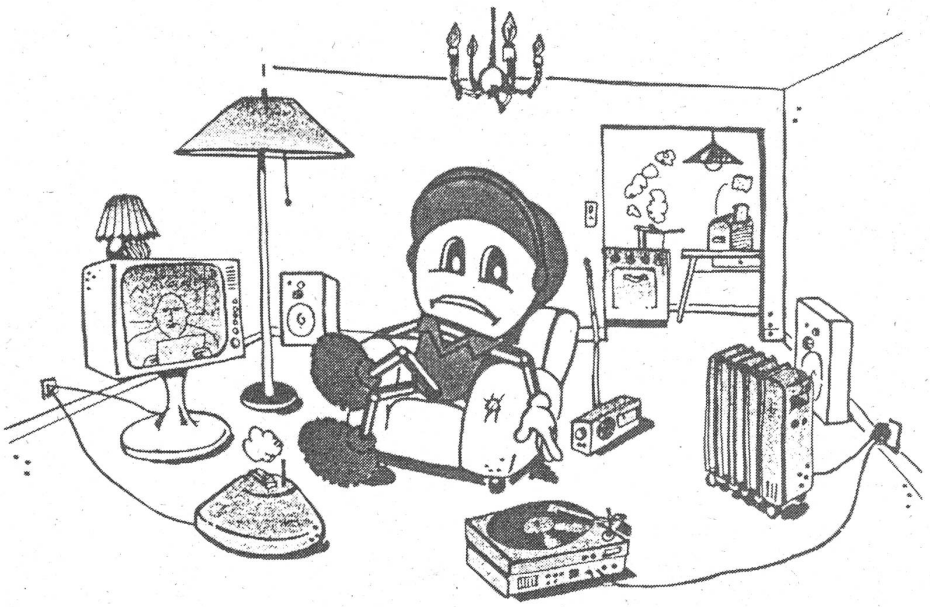
Entwaffnend, nicht wahr? Die «helvetische Disziplin» wird nur dort beschworen, wo sie in Tat und Wahrheit niemand will. Niemand – über drei Viertel aller Schweizer und Schweizerinnen wollen «auf freiwilliger Basis» sparen, also tendenziell nicht.

Warum? Weil es sich nicht lohnt. Was sind schon 50 Franken im Monat für den Strom bei einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen von 5500 Franken? Die Hälfte des Energieverbrauchs fällt sowieso aufs Autofahren. Siehe oben.

Fortsetzung Seite 22

Fortsetzung von Seite 9

Wo zum Strom bleibt die Schweizer Energiepolitik?



«Was sollen wir machen?» Bevölkerung und Industrie brauchen immer mehr Strom. «Was sollen wir machen?», fragt Jörg Bucher, VSE-Präsident und CKW-Direktor, verzweifelt. Den Bedarfsnachweis für AKWs ablehnen, Herr Bucher, wie getan. «Wir haben einen Versorgungsauftrag», stellt Bucher fest. Sicher und ausreichend soll die Versorgung mit Energie sein, heisst es in den energiepolitischen Zielen des VSE. Zu 95 Prozent, setzt der Verband fest, damit wir in 19 von 20 Wintern nicht frieren (oder Strom importieren) müssen. VSE-Pressechef Zeller gibt zu, dass diese 95er-Marke «nicht gottgewillt» ist.

Aber GEK-gewollt. So jedenfalls interpretieren die Stromer das Credo «Vorsorgen, Substituieren, Forschen, Sparen». Diese Reihenfolge ist nun meine Interpretation, denn Zeller glaubt, dass gespart *wird* – «beim Brennstoff und bei der Heizung». Noch 1975 machte das Erdöl 76,6 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs aus, heute (1985) sind es nur noch 65,7 Prozent – wir sind also unabhängiger geworden, ein erklärtes GEK-Ziel. Tatsächlich ging der Verbrauch von Erdölbrennstoffen durch Wärmedämmung, verbesserte Heizungskessel und weitere Massnahmen um 13 Prozent zurück (allerdings sind es im gleichen Zeitraum 30 Prozent mehr Treibstoffe – es pufft der Verkehr!).

Substituiert wird auch, allerdings nicht im erhofften (VSE-)Sinn. Laut Zehn-Werke-Bericht des VSE soll die Raumwärme zu 15 Prozent durch Strom erzeugt werden, was allerdings erst zu einem Drittel erreicht worden ist.

Doch man ist auf bestem (Stromsparverhinderungs-)Weg. Es gibt immer mehr und immer kleinere Haushalte. So «geht man wohl (beim VSE) nicht fehl mit der Vermutung, dass Haushalte (berufstätiger Frauen) besonders rationell und somit auch ‹stromintensiv› geführt werden müssen» (VSE-Strominformation, 27.3.86).

Warum keine Grenzkosten? Je mehr Strom, desto billiger (pro Kilowattstunde). So der Tarif. Kein Anreiz zum Sparen. Zudem hat die verwirrende Anzahl schweizerischer Stromtarife, insgesamt etwa 1200, eines gemeinsam: Sie werden nach Vollkosten berechnet. Die Gestehungskosten aller billigen und teuren Werke werden in einen Mischpreis umgesetzt. Von den Umweltorganisationen und gewissen ökonomisch denkenden Kreisen in der Elektrizitätswirtschaft werden hingegen Tarife nach Grenzkosten gefordert, die den heutigen Kostenstand wiedergeben (zum Beispiel 15 Rappen für eine Kilowattstunde aus Leibstadt, im Gegensatz zu 2 bis 3 Rappen für Strom aus alten abgeschriebenen Flusskraftwerken).

Heute sind im Sommer die Tarife zu hoch, im Winter die Arbeitspreise zu niedrig und die Unterschiede zwischen winterlichem Niedrig- und Hochtarif zu gross.

Diese Zusammenhänge sind in interessierten Kreisen hinlänglich bekannt – und werden von der Stromlobby entschieden bekämpft. In der Debatte um den EEK-Bericht zu einem Elektrizitätswirtschafts- (sprich: Stromspar-)Gesetz schrieb der VSE am 14. März 1985 einen Mahnbrief an seine Mitglieder und malte das drohende Gespenst des Verlustes der Tarifautonomie der Gemeinden und Kantone an die Wand. Die Schäfchen folgten ihrem «Goldesel» (Zeller) und beschlossen in ihrer «Absichtserklärung» vierzehn Tage darauf, in Richtung Bundesgesetz nichts zu beabsichtigen.

Wo bleibt der Vollzug? Daran hat sich auch an der Konferenz der Kantonalen Energiedirektoren vom 21. August dieses Jahres nichts geändert. Doch: Statt eines Elektrizitätsgesetzes fordern die Kantone vom Bund einen Energieartikel, nachdem sie seinen Vorschlag von 1983 verworfen haben. An eine Neuauflage eines Verfassungsartikels knüpfen sie allerdings die Bedingung, dass die «kantonale Zuständigkeit und Autonomie in der Energiepolitik» respektiert werde. Zuständigkeit herrscht wohl, wo aber herrscht der Wille, und wo bleibt der Vollzug? Ein Beispiel: In einem Zentralschweizer Kanton obliegt die Leitung der Energiefachstelle dem Kantonsingenieur, der laut offiziellem Schreiben aber nicht in der Lage sei, die Tätigkeit auszuüben.

Neuere und neueste Nationalfonds-Studien zeigen auf, dass wir sparen *können,* nicht nur Wärmeenergie, sondern auch Strom – und damit Atomkraftwerke! 30 Prozent in der Industrie (Spreng 1985), 25 bis 30 Prozent bei den Haushaltungen und Dienstleistungen (Brunner u.a. 1986). Das dritte GEK-Postulat – Forschen – ist somit auch berücksichtigt.

Jetzt müssen wir nur noch wollen. Dass der Glaube (und der Wille) Berge versetzen kann, bewies John F. Kennedy anfangs der sechziger Jahre mit seinem Ausspruch, noch vor Ablauf des Jahrzehnts werde ein Amerikaner den Mond betreten. Am 20. Juli 1969 war es soweit.

Wann wollen *wir* eine *Schweiz* betreten, deren Energiequellen sicher, sauber, unerschöpflich sind? Vertrauen wir auf den helvetischen Willen. Vielleicht hat das eidgenössische Parlament in der Herbstsession einen.

Der Sparli, der auf diesen Seiten die Energiepolitik der Schweiz sucht, wird im Dezember vier Jahre alt. Von zweihundert LeserInnen der «Energie-Spar-Nachrichten» des Bundes ist er damals demokratisch geboren worden, und zwar um «ab Januar 1983 die nationale Energiesparkampagne zu beleben. Mit diesem Gestaltungselement sollen die lokalen Energieberatungsstellen vermehrt unterstützt und auch die allgemeine Motivation der Bevölkerung verstärkt werden.» Hauptvater Leon musste er schon einen Monat später gewaltig trösten, da dieser das Energieartikelspiel mit 12:11 Kantonen verloren hatte.